

V-5

Antragsteller*innen: Matthi Bolte u.a.

Gegenstand: TOP 12: Verschiedenes

WLAN für alle – ohne Überwachung und Abzocke!

1 Surfen mit dem Tablet im Park, Preisvergleich auf dem Handy im Einkaufszentrum oder
2 das Chatten mit Freund*innen im Zug. Immer öfter nutzen wir mobile Zugänge zum
3 Internet im Alltag. Der freie Zugang und die flächendeckende Versorgung mit schnellem
4 Internet ist eine der zentralen Fragen von Teilhabe in unserer Zeit.

5 Bis 2018 wird mit einer Verzehnfachung des mobilen Datenverkehrs gerechnet. Aber nicht
6 überall gibt es ein schnelles mobiles Datennetz. Außerdem ist die Nutzung oft durch die
7 Daten-Drosselung der Anbieter beschränkt. Der Ausbau von kostenlosen und frei zugäng-
8 lichen WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum – z.B. auf dem Marktplatz, der Schule, in
9 Bäckereien oder der Bibliothek – gewinnt dadurch an erheblicher Bedeutung.

10 **Wir wollen WLAN ohne Abzocke!**

11 Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen die Vorzüge der Digitalisierung nutzen können.
12 Der Internetzugang außerhalb der eigenen Wohnung darf nicht vom Geldbeutel abhängen
13 und ein Luxusgut werden.

14 Im Gegensatz dazu stehen einzelne kommerzielle Anbieter, die teils horrenden Preise von
15 den Nutzer*innen fordern. Das ist nicht nur unverschämte, sondern grenzt viele Menschen
16 vom Zugang zu digitalen Informationen aus. Wir wollen daher auf europäischer Ebene eine
17 Regulierung der Kosten für kommerzielle WLANs anstoßen – so wie es mit Regulierung
18 der Roaming-Gebühren im Mobilfunk auch erfolgreich geklappt hat. Dadurch beenden
19 wir diese unlauteren Praktiken und treiben die Digitalisierung in ganz Europa voran.

20 Das Anbieten des Internetzugangs via WLAN ist auch ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.
21 Der ÖPNV gewinnt für die Menschen an Attraktivität, wenn Busse und Bahnen mit
22 WLAN ausgestattet werden. Wir wollen deshalb bei Ausschreibungen eine passende Vor-
23 gabe als Beauftragung verankern und schnellstmöglich landesgeförderte Modellprojekte
24 für WLAN in Bussen und Bahnen starten.

25 **GRÜNE – Teil der Freifunkbewegung!**

26 Zur Digitalisierung tragen auch tausende Menschen bundesweit bei, die seit Jahren als
27 Freifunker*innen dezentrale und selbstverwaltete freie WLANs aufbauen. Durch die Be-
28 reitstellung und Einrichtung von Freifunkroutern helfen sie dabei, möglichst flächende-
29 ckend freie und kostenlose Zugänge zum Internet zu schaffen, die es erlauben anonym und
30 unzensiert das Internet zu nutzen.

31 Auch wir GRÜNE sind Teil der Freifunkbewegung und stehen an der Seite dieser Men-
32 schen. Wir unterstützen die Freifunk-Philosophie seit langem politisch und praktisch,
33 arbeiten mit vielen Freifunk-Initiativen vor Ort zusammen und fördern deren Arbeit.

34 In den letzten Monaten und Jahren haben viele GRÜNE Fraktionen in Räte und Kreistage
35 Anträge eingebracht, um den Ausbau von Freifunk zu fördern. In vielen GRÜNEN Büros
36 stehen bereits Freifunk-Router.

37 Wir empfehlen unseren Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden und auch allen Mitgliedern:
38 Stellt in euren Büros oder zu Hause Freifunk-Router auf und leistet damit einen aktiven
39 Beitrag zur Überwindung der digitalen Spaltung, indem ihr freie Zugänge zum Internet
40 schafft!

41 **Gabriels Pläne stellen Freifunk vor das Aus**

42 Es gibt jedoch ein großes Hindernis für den Ausbau freier WLANs: Die sogenannte Stö-
43 rerhaftung. Im Mai 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) zur Störerhaftung bei offenen
44 und ungesicherten WLANs eine Entscheidung verkündet, die zu einer erheblichen Rechts-
45 unsicherheit auf Seiten von WLAN-Betreiber*innen führte: Begeht jemand über ein of-
46 fenes WLAN z.B. eine Urheberrechtsverletzung – egal ob bewusst oder nicht -, wird die
47 Betreiber*in des WLANs in Mithaftung genommen. Für viele kleine Unternehmen wie
48 Kneipen, Bars, Cafés aber auch öffentliche Einrichtungen, wurde die Bereitstellung eines
49 rechtssicheren offenen WLANs damit zu einer unüberwindbaren Hürde.

50 Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für eine einfache und zielführende Lösung ein, die
51 Ausweitung des Providerprivilegs auf Betreiber*innen offener WLANs. Menschen gehö-
52 ren nicht bestraft und kriminalisiert, nur weil sie etwas Gutes tun, in dem sie anderen
53 Menschen einen Internetzugang zur Verfügung stellen.

54 Denn bereits heute haften Telekommunikationsanbieter*innen (Provider wie die Telekom,
55 Vodafone und Co.) nicht für die Dinge, die ihre Kund*innen über ihre Zugänge tun –
56 ansonsten wäre ein ganze Branche nicht mehr existent. Trotz allem Druck und einer ersten
57 Bundesratsinitiative der Rot-GRÜNEN Länder im Jahr 2012, blocken die verschiedenen
58 Bundesregierungen seit Jahren unseren Vorschlag ab.

59 **Überwachungsphantasien der Bundesregierung**

60 Es kommt noch schlimmer: Der jetzt vorliegende Entwurf des Bundeswirtschaftsministe-
61 riums bedroht die Zukunft vieler Freifunk-Initiativen massiv!

62 Durch eine geplante Anmeldepflicht schafft die Bundesregierung ein zumindest für Klein-
63 anbieter*innen kaum beherrschbares Bürokratiemonster und einen riesengroßen Brems-
64 klotz für den WLAN-Ausbau in Deutschland. Selbst die eigenen Ausbauziele der Bundes-
65 regierung werden so konterkariert.

66 Für Privatanbieter*innen geht der Entwurf sogar noch weiter: Sie sollen künftig den Na-
67 men der Personen kennen, die über ihr WLAN online gehen. Dieser Vorschlag ist weder
68 praktikabel noch ist er unter Aspekten des Datenschutzes akzeptabel. Die – heute bereits
69 rechtlich geschützte – Möglichkeit der anonymen Nutzung des Internets muss gerade in
70 Zeiten anhaltender Überwachungs- und Geheimdienstskandale und der immer größeren
71 Datensammelwut von Unternehmen, möglich bleiben und verteidigt werden. Das Surfen
72 bei einem Cappuccino in einer Bar oder beim Warten am Bahnhof muss auch weiterhin
73 anonym möglich sein!

74 Neben den fatalen Plänen der Bundesregierung zur Störerhaftung, plant die Bundesnetz-
75 agentur mit der zukünftigen Verpflichtung zur Bereitstellung von Überwachungsschnitt-
76 stellen in größeren WLANs bereits den nächsten Frontalangriff auf den flächendeckenden
77 Ausbau dieser Technik. Das enorme Risiko, das Hunderttausende unbescholtener Bürge-
78 rinnen und Bürger von diesen Überwachungsmaßnahmen mitbetroffen sind, wird ignoriert.
79 Denn anders als bei der Überwachung eines einzelnen privaten Anschlusses, teilen sich
80 WLAN-Nutzer*innen einen Zugang und werden damit allesamt zum Ziel der staatlichen
81 Überwachung.

82 **GRÜN kämpft für das freie Internet!**

83 Wir GRÜNE stellen uns den Überwachungsphantasien der Bundesregierung entgegen und
84 kämpfen für freie Internetzugänge wie den Freifunk! In Nordrhein-Westfalen, im Bund
85 und Europa streiten wir auch weiterhin für eine verbraucherfreundliche und rechtssichere
86 Regelung der Störerhaftung. Den Überwachungsplänen durch die Wiedereinführung der
87 Vorratsdatenspeicherung oder die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung auf
88 WLANs werden wir uns klar entgegenstellen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Matthi Bolte (KV Bielefeld), Malte Spitz (KV Münster), Benjamin Jopen (KV Düsseldorf), Eva Mira Bröckelmann (KV Düsseldorf), David Krystof (KV Kleve), Stefan Meiners (KV Wesel), Katja Dörner (KV Bonn), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Benedikt Wildenhain (KV Mettmann), Jürgen Laufs (KV Düren), Simon Rock (KV Siegen-Wittgenstein), Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf), Can Erdal (KV Düsseldorf), Dagmar Hanses (KV Soest), Wibke Brems (KV Gütersloh),

Verena Verspohl (KV Hochsauerlandkreis), Dr. Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg), Martin-Sebastian Abel (KV Düsseldorf), Mona Neubaur (KV Düsseldorf), Patrick Jedamzik (KV Gelsenkirchen), Dominic Hallau (KV Bielefeld), Oliver Keymis (KV Rhein-Kreis Neuss), Josefine Paul (KV Münster), Dennis Melerski (KV Gelsenkirchen), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Florian Forster (KV Hagen)